

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXIII/33

Bonn, den 15. Februar 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Der Zwang zum wirtschaftlichen Wachstum</u> Zur Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht Lohnpause unerwünscht	106
3	<u>"Bremer Depesche"</u> Ein Briefwechsel zwischen Bremens Justizminister Dr. Graf und Bundesjustizminister Dr. Dr. G. Heinemann	48
4	<u>Keine "Volksfront" in Frankreich</u> Annäherung der Linksparteien in der Innenpolitik Tiefgehende Differenzen in der Außenpolitik Von Georg Scheuer, Paris	40

FRAU UND GESELLSCHAFT bringt heute:

"60 Millionen Dollar sind viel zu bescheiden!"
- Interview mit der Bundestagsabgeordneten
Luise Herklotz -

Reformen und "Perspektiven"

Keine Trennung in den Arbeitsämtern

Kurzmeldungen

* *

Der Zwang zum wirtschaftlichen Wachstum

Zur Debatte zum Jahreswirtschaftsbericht - Lohnpause unerwünscht

rd - Es war kaum erwartet worden, daß der Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung und ihre Stellungnahme zum Sachverständigengutachten über die wirtschaftliche Entwicklung vor dem Bundestag noch besonderes Interesse wecken würde. Die vielfachen Veröffentlichungen und Stellungnahmen zum Thema ließen es kaum wahrscheinlich erscheinen, daß noch viel Neues zu sagen wäre und neue Fakten gegeben werden könnten. Dennoch fand die Debatte ein starkes Echo.

Der Bundeswirtschaftsminister konnte darauf verweisen, daß dies der erste vom Parlament zu diskutierende und gesetzlich vorgeschriebene Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung sei, als Ergebnis einer mehr als zehn Jahre alten Forderung der Wirtschaftswissenschaft und - sagen wir es hier im Klartext - der Sozialdemokratischen Partei. Sie hatte verschiedentlich auf ihren Parteitagen gefordert, die Wirtschaftspolitik müsse, aufbauend auf einer volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, ein Nationalbudget vorlegen, um die autonomen gesellschaftlichen Gruppen zu befähigen, sich an den Daten dieses Budgets für ihre eigenen Investitions- und Verbrauchsentscheidungen zu orientieren.

Doch volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Nationalbudget und globale Steuerung sowie die Richtdaten für die Entscheidungen der autonomen Gruppen sind zwar technische Hilfsmittel, aber doch mehr als das. Sie sind Mittel der Wirtschaftspolitik, die der Erhaltung des Wirtschaftswachstums und der Arbeitsplätze dienen. Sie sind zugleich Maßstäbe der Glaubwürdigkeit der Wirtschaftspolitik, da an ihnen die Entwicklung kontrolliert werden kann, sich an ihnen die Wirtschaftspolitik bewähren muß. Für das wachsende Verständnis dieser transparenten Wirtschaftspolitik in einer informierten Gesellschaft hat der Sachverständigenrat - der übrigens auch auf sozialdemokratische Initiative berufen wurde - seit mehreren Jahresgutachten einen fördernden Beitrag geleistet.

Der Minister lobte den Mut des Rates, neue Denkansätze zu wagen, die den Fortschritt fördern. Auch die Zielprojektion des Rates stimme "in der Richtung", was das Wachstum und die Verteilung betreffe, doch schienen der Regierung die Zuwachsraten zu hoch gegriffen. Sie selbst hat in ihrer Zielprojektion das reale Wachstum dieses Jahres auf 4 Prozent, der Sachverständigenrat hatte es auf 6 Prozent geschätzt. Aber die Voraussetzung auch dieses Wachstums ist die wachstumsgerechte Verteilung der Einkommen, die Verständigung der autonomen Gruppen. Es dürfe keine Lohnpause geben, erklärte Minister Schiller, jedoch müsse verhindert werden, daß sich die Preis-Lohn-Preis-Spirale der Vergangenheit wiederhole.

Man hat sich in der jüngsten Vergangenheit wiederholt über die Bemerkungen des Bundeswirtschaftsministers um ein stetiges Wirtschaftswachstum amüsiert gezeigt und teilweise auch Stagnation eher für eine schöpferische Pause als für einen Verlust gehalten. Doch es gibt einen Zwang zum Wachstum, weil wirtschaftlicher Stillstand auch Zurückbleiben im technischen Fortschritt bedeutet. Dieser aber ist die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des Lebensstandards und der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft in der Zukunft. Nicht weniger zwingend ist dieses Wachstum, und in ihm auch der wachsende Verbrauch auf dem Binnenmarkt, für unsere Beziehungen zu den anderen Welthandels-

Ländern. Wir können nicht auf die Dauer erwarten, daß sie unsere Produktionsüberschüsse aufnehmen, bei zugleich schwindendem Absatz ihrer Erzeugnisse auf unserem Markt.

Hier liegt der Zwang zu steigenden Einkommen, auch für den privaten Verbrauch, und die notwendige Kenntnisnahme davon, daß Arbeitseinkommen nicht nur Kosten der Erzeugung, sondern kaufkräftige Nachfrage für eine wachsende Produktion sind. So haben sich die autonomen gesellschaftlichen Gruppen in konzentrierter Aktion sowohl über die Unternehmenserträge zum Zwecke der Investition als auch über die Verbrauchseinkommen zur Belebung der Nachfrage zu verständigen.

Der Bundeswirtschaftsminister möchte mit seinen Ansichten keineswegs gesellschaftliche Konflikte überkleistern und illusionären Harmoniedenken nachhängen; aber es dürfe in der Zukunft auch nicht wieder die einseitig vom Staat geförderte Vermögensbildung in den Unternehmen geben. Die breite Streuung von Vermögen, die Beteiligung der Arbeitnehmer an der Vermögensbildung, bleibe ein aktuelles Thema der konzertierten Aktion.

Der Bundeswirtschaftsminister hält die vorgesehene Unternehmenserträge für die Investition, die in den Zielprojektionen sowohl des Sachverständigenrates als auch der Bundesregierung für das erste Halbjahr 1968 besonders hoch ausgefallen sind, für notwendig für den Aufschwung der Konjunktur. Sollten sie sich dennoch nicht als ausreichend erweisen, so werde sich die Regierung genötigt sehen, mit weiteren Konjunkturspritzen das Wirtschaftswachstum zu fördern. Von den Konjunkturprogrammen ist eine hoffnungsvolle Initialzündung ausgegangen, die die um eine neue Konjunkturüberhitzung besorgte Institutionen, wie die Bundesbank, für bereits ausreichend halten. Auch die Bundesregierung konnte sich nicht zu weiteren Konjunkturlösungen entscheiden. Doch in der Diskussion des Jahreswirtschaftsberichtes verwies der Abgeordnete Lenders (SPD) auf die ihm unzureichend erscheinenden Zuwachsraten beim Nettoeinkommen aus unselbständiger Arbeit. Angesichts der steigenden Mieten, Agrarpreise, Verkehrstarife und der damit bewirkten Einschränkung der kaufkräftigen Nachfrage, insbesondere bei langlebigen Konsumgütern, scheint ihm der projektierte Aufschwung schon durch den unzureichenden Zuwachs der Verbrauchseinkommen gefährdet, zumal die außenwirtschaftliche Entwicklung nicht die Hoffnung gebe, die im Inland nicht absetzbare Produktion auf anderen Märkten zu verkaufen.

Wie der Verlauf des Winterschlußverkaufs, der Rückgang der Einzelhandelsumsätze, besonders aber der unter den Erwartungen bleibende Absatz langlebiger Konsumgüter zeigt - siehe Kurzarbeit bei Ford - sind diese Bedenken gerechtfertigt. Sie unterstreichen die auch von den wirtschaftswissenschaftlichen Instituten der Bundesrepublik verstärkt geäußerten Bedenken, daß stärker als die unternehmerischen Investitionen - die eher wegen zu hoher Kapazitäten als wegen zu geringer Investitionsmittel zurückgehalten werden - der private Verbrauch der Anregung bedarf.

Das ist schließlich auch der Hintergrund der für manche Politiker und Wirtschaftskreise schockierenden Aufforderung des Bundeswirtschaftsministers an die Unternehmer, ihre Forderungen auf Lohnpause einzustellen und die in den Zielprojektionen des Sachverständigenrates wie auch der Bundesregierung eingesetzten Globalzuwachsrate des Gesamtlohnniveaus nicht als absolute Grenzen zu sehen, sondern als Richtdaten eines Zuwachses der gesamten Arbeitseinkommen; der notwendig ist, wenn uns der Wiederaufschwung in ein stetiges und geregeltes Wachstum gelingen soll.

" Bremer Depesche "

Ein Briefwechsel zwischen Bremens Justizsenator Dr. Graf
und Bundesjustizminister Dr. Dr. G. Heinemann

Dr. Graf an Dr. Dr. G. Heinemann:

"Am 2. Januar 1968 erschien im Bremer 'Weser-Kurier' unter der Überschrift 'Heinemann gegen beschleunigte Verfahren' eine Notiz, nach der Sie sich vor dem Deutschen Presseklub in Hamburg gegen beschleunigte Verfahren nach Demonstrationen ausgesprochen haben sollen. Das Bremer Beispiel habe gezeigt, daß derartige beschleunigte Verfahren den Anschein von Standgerichten erweckten. Wörtlich sollen Sie nach diesem Bericht geäußert haben, Sie würden sich gescheut haben, als Staatsanwalt in Bremen gleich nach den Demonstrationen mit solchen Verfahren zu beginnen. Einem Bericht der 'Wünne-Zeitung' habe ich dagegen entnommen, daß Sie eine häufigere Anwendung der §§ 212 ff StPO befürwortet hätten. Angesichts der jüngsten Stellungnahmen der Bundesregierung zu den Demonstrationen kann ich mir kaum denken, daß der 'Weser-Kurier' Ihre Äußerungen zutreffend wiedergegeben hat. - Da unter den Richtern und Staatsanwälten meines Geschäftsbereiches durch die Meldung im 'Weser-Kurier' begreiflicherweise erhebliche Unruhe entstanden ist, wäre ich Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir Ihre Ausführungen vor dem Deutschen Presseklub in Hamburg im Wortlaut zur Verfügung stellen könnten."

Dr. Dr. G. Heinemann an Dr. Graf:

"Für Ihr Schreiben vom 8. Februar 1968 danke ich Ihnen. Ich begrüße es, daß Sie mir Gelegenheit geben, Mißverständnissen zu begegnen, wie sie sich leider oft mit Presseberichten verbinden. In der Pressekonferenz in Hamburg am 1. Februar 1968 habe ich auf die Frage, wie ich zu den Schnellverfahren stehe, die in Bremen gegen einige Demonstrantendurchgeführt worden sind, sinngemäß folgendes geantwortet: "Bei Schnellgerichten handelt es sich um ein in der Strafprozeßordnung g e n e r e l l vorgesehene beschleunigtes Verfahren. Dieses Verfahren könne in a l l e n Fällen angewandt werden, in denen der Sachverhalt einfach und die sofortige Aburteilung möglich sei. Auf diese Weise könne beispielsweise einen Verkehrsünder in sehr schneller und dadurch eindrucksvoller Weise vor Augen geführt werden, daß er sich strafbar gemacht habe. Es sollte allerdings in geeigneten Fällen viel öfter von dem beschleunigten Verfahren Gebrauch gemacht werden und zwar gerade auch außerhalb von Demonstrationen oder Unruhen, damit den 'Schnellgerichten' das Odium von Standgerichten genommen werde. Gegen beschleunigte Verfahren n u r nach Demonstrationen bestünden daher - so gesehen - die Bedenken, daß sie - obwohl in der Strafprozeßordnung generell vorgesehen - von der Bevölkerung als ad hoc eingesetzte Sonder- und Standgerichte angesehen würden." Mir ist nicht bekannt, ob die Pressekonferenz in Hamburg im vollen Wortlaut aufgezeichnet ist, ich werde mich aber sofort danach erkundigen. Mir kommt es zunächst darauf an, Sie unverzüglich über meine Äußerungen zu unterrichten. Dankbar würde ich es begrüßen, wenn Sie diese Information in geeignet erscheinender Weise an die Richter und Staatsanwälte Bremens weitergäben."

Die bremischen Richter und Staatsanwälte wurden inzwischen über diesen Briefwechsel unterrichtet. Eine "Bremer Depesche"?

Keine "Volksfront" in Frankreich

Von Georg Scheuer, Paris

Die im Juni 1967 gebildete "Arbeitsgruppe" der französischen Linksparteien bemüht sich seit über einem halben Jahr um die Ausarbeitung von "Grundlagen zur Verwirklichung gemeinsamer Ziele". Sie soll nun in der letzten Februarwoche das Ergebnis ihrer Bemühungen bekanntgeben.

Man weiß jetzt schon, daß die französischen Linksparteien über ihren im Dezember 1966 abgeschlossenen Wahlpakt - der im März 1967 zu konkreten Wahlerfolgen führte - nicht hinausgekommen sind. Wohl sind sie sich in einer Reihe von Punkten der französischen Innenpolitik einig. Insbesondere verlangen sie die Abschaffung der autoritären Bestimmungen der gaullistischen Staatsverfassung, vor allem des Artikels 16 (außerordentliche Vollmachten für den Staatspräsidenten). Ebenso gibt es weitgehende Übereinstimmung auf wirtschafts- und sozialpolitischer Ebene. So ist man für Nationalisierung der großen Banken und der Rüstungsindustrie. In der Lohnpolitik verlangen die Kommunisten einen Mindestlohn von 600 F monatlich, während sich die Föderation bis jetzt auf keinen Betrag festgelegt hat. All das könnte in Einklang gebracht werden, wenn es nicht auf außenpolitischem Gebiet unüberbrückbare Gegensätze gäbe.

Wesentliche Punkte der gaullistischen Außenpolitik - Vietnam, Nahost, Kanada - werden von der Sozialdemokratischen Föderation abgelehnt, von der kommunistischen Partei jedoch gebilligt. Auch bezüglich der EWG gibt es erhebliche Differenzen. Wohl stellt sich die KPF seit einiger Zeit "auf den Boden des Gemeinsamen Marktes". Zugleich lehnt sie aber im Gegensatz zur Föderation jede supranationale Entwicklung ab. Die kommunistischen "Internationalisten" pöchen mehr als die anderen französischen Parteien auf "nationale Souveränität". Ebenso verlangen sie Frankreichs völligen Austritt aus der NATO, eine Forderung, der General de Gaulle wahrscheinlich 1969 nachkommen wird.

Waldeck-Rochet, Generalsekretär der KPF, sagte dazu dieser Tage vor der Auslandspresse in Paris: "Wir sind von Natur aus optimistisch." Übereinstimmung gebe es in folgenden Punkten: allgemeine Abrüstung, Auflösung der Militärblocks, politische Lösung im Nahen Osten, Umbau der französischen Atomwaffe. Differenzen beständen weiterhin bezüglich des Atlantikpaktes und eines supranationalen Europas. Auf diese Weise versucht die kommunistische Parteiführung entscheidende Meinungsverschiedenheiten zu bagatellisieren und mit der demokratischen Linksoption im Gespräch zu bleiben.

In Wirklichkeit sind die Differenzen tiefgehend. Eine aktionsfähige Einheitsfront der französischen Linksparteien mit gemeinsamem Regierungsprogramm ist unter diesen Umständen so gut wie ausgeschlossen. So begnügt man sich derzeit mit einer platonischen "Plattform".